

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Bauhen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Verkaufspreis: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.75, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 4.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 11.25 ohne Zustellungsgebühr. Alle Postämter, Postboten, sowie Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. — **Gemeindeverbandskasse:** Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Grundzeile (Zm. Maße 14) oder deren Raum 120 Bsp. — 6-spaltige Anzeigen 80 Bsp. Im Extra-Zeil (Zm. Maße 14) 200 Bsp., die 6-spaltige Zeile. Bei Wiederholungen nach feststehenden Sägen. — Umliche Anzeigen die 6-spaltige Zeile 150 Bsp. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird kein Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 159

Sonntag, den 10. Juli 1921.

75. Jahrgang.

Deutschlands Tragödie.

Von R. Hirschberg-Dura (München).

Wahre Tragödien sind gar nicht so häufig, weder auf der Bühne, noch im Leben, wenn auch die Alltagsrede sich gewöhnt hat, jeden tödlichen Unfall, ja fast alles Traurige als „tragisch“ zu bezeichnen. Tragisch geht nur der Held unter, den edler Sinn und edle Tat zwangsläufig ins Verderben reißt. Er jagt schon höheren Zielen nach, richtet sich schon nach höheren Gesetzen, als denen, die bis jetzt praktisch in Geltung sind. Da er zusammenbricht, sieht er schuldig aus, und der Justizirrtum des Alltags, wie der Weltgeschichte verurteilt ihn und richtet ihn hin.

So hat Deutschland jetzt die grauenvollste Tragödie zu erdulden, die das Theater der Weltgeschichte jemals geboten hat. Wodurch hat es sich in sein namenloses Unglück reißt lassen? Gerade seine feinste Tugend ist ihm zum Fluch geworden. Sein Edelmut und sein Gerechtigkeitsinn! In traumängstlicher Gutmütigkeit glaubten wir und glauben fast noch heute an Gerechtigkeit und an christliche Nächstenliebe, als wären das Dinge, die es im Wettbewerb der Völker schon wirklich gäbe. Und doch ist Gerechtigkeit eben nur ein Ziel, nach dem der Starke streben muß, kein Appl. auf das der Schwache oder der Müde sich schon verlassen kann! Der kalte Schurke freilich, wie der eitle Schwärmer schreibt schöne Worte auf ein vergoldetes Banner und schwemmt es so lange vor gläubigen Augen, bis die Betörten dem Banner nachlaufen und sich in den Abgrund locken lassen.

Als Deutschland mit übermenschlicher Anstrengung die Aberrmacht seiner Feinde und Feinde besiegt hatte, da schlug ihm der große „Unparteiische“ von der anderen Seite des Weltmeers den Sieg aus der ermateten Hand. Nur den Sieg zunächst. Ein ehrenvoller und erträglicher Friede wäre immer noch möglich gewesen. Aber weil er sagte, er tue es aus „Unparteilichkeit“ so glaubten wir das und gaben nicht nur den Sieg auf, sondern auch unsere Waffen aus der Hand. Sie schienen ja zwecklos, da es sich nicht mehr um Gewalt, sondern um ein Recht handelte! In liebevollem Glauben an das Weltbürgertum sind wir ja allen anderen Völkern unfehliger Weise ein paar Jahrhunderte voraus.

Dazu gekommen ist dann noch der Ungeschicklichkeitsretard des „Unparteiischen“, der sich zurückzog, ohne sich vorher die Durchführung seiner Unparteilichkeit gesichert zu haben. In ihrer Lobesangst hätten ja England und Frankreich in jede Sicherheit willigen müssen, die Amerika zum Weltentschiedsrichter mit unbeschränkter Machtvollkommenheit gemacht hätte. So aber hat er uns Feinde nur von unsrer tödlichen Umklammerung befreit und dann ihrer Bosheit freien Lauf gelassen. Nun darf sie mitten im „Frieden“ allenthalben ihre Organe feiern.

Deutschland hat in der Geschichte bewiesen, wie rücksichtslos es sich als Sieger zeigt. Es hätte auch den Frieden dieses Kriegs menschlicher gestaltet. Wenn es ihn gewonnen, wenn es den gewonnenen Sieg behalten hätte. Unse Schuld, unser einziges wirkliches Kriegsverbrechen gegen die Welt ist, daß wir den Krieg verloren haben. So ist das Ziel der Gerechtigkeit wieder unabsehbar hinaus geschoben. Wir glaubten es zu nahe. Dieses Vertrauen ist unsre tragische Schuld. Liebet eure Feinde? Ein schönes Gebet! Aber die geliebten Feinde müßten dann nicht etwas ganz anderes beten!

Das Gewissen der Welt, so hat man Deutschland genannt. Nun, geschändet, mißhandelt und zertrümmert, wie wir sind, hat die Welt kein gutes Gewissen an uns. Das böse Gewissen der Welt müssen wir sein. Gewissensbisse müssen wir ihr machen, bis sie so wird, wie wir sie gutgläubig schon vorhanden wärenten. Die schöne Begeisterung der Augusttage von 1914 hat nicht vorgehalten. Begeisterung läßt sich nicht einpöbeln. Aber der Haß läßt sich jahrzehntelang frisch halten. Das ist das Einzige, was wir vom lieben Clemenceau lernen können.

Doch wenn deutsche Bergarbeiter jetzt noch die Kohlenförderung verringern, um den englischen streikenden Bergarbeitern nicht in den Rücken zu fallen, oder wenn sie diesen obendrein noch zweieinhalb Millionen Mark als Streikunterstützung senden, oder wegen Weltbürgertum ...! — Liebt zunächst einmal Deutschland! Es hat es nötig! — Eure Feinde aber liebet, wenn sie mal danach sind! Bis jetzt leben sie nicht so aus!

Amerikas Gewaltfrieden für Deutschland.

Die amerikanischen Änderungen am Versailler Vertrag.

Washington, 8. Juli. Die von Hughes geplanten Änderungen des Versailler Vertrages, um diesem die Form zu geben, in der er dem amerikanischen Senat vorgelegt werden soll, werden dieses Dokument so verändern, daß es seine Verfasser kaum wiedererkennen werden. Staatssekretär Hughes ist der Ansicht, daß nach Vornahme der von ihm geplanten Änderungen der Senat gegen den Vertrag keine Einwendungen mehr machen wird. Der ganze erste Abschnitt des Vertrages, in dem vom Völkerbunde die Rede ist, kommt in Fortfall. Überall, wo im weiteren Text des Vertrages das Wort „Völkerbund“ erscheint, wird es durch die Worte „alliierten und assoziierten Mächte“ ersetzt. Wenn vom Rat des Völkerbundes gesprochen wird, erscheinen im Text die Worte „die wichtigsten alliierten und assoziierten Mächte“. Die Abschnitte 2 und 3, worin von den neuen Grenzen Deutschlands und den politischen Bestimmungen für Europa gesprochen wird, fallen gleichfalls fort, und erst vom vierten Abschnitt an erscheint der Text des Vertrages in der von Hughes vorgeschlagenen Form. In diesem Teile werden, wie man erklärt, von Hughes gewisse Vorbehalte gemacht bezüglich der Anerkennung der Souveränität Frankreichs in Marokko und der Souveränität Englands in Ägypten. Die sich auf Schantung beziehenden Artikel 156 bis 158 sind von Hughes gestrichen worden. Abschnitt 5 und ein Teil des Abschnittes 6 sind gleichfalls entfernt worden. Abschnitt 7 jedoch, in dem die Befragung des Kaisers und der Kriegsschuldigen verlangt wird, bleibt bestehen. Die Artikel 8—10, die sich auf die Reparationsfrage beziehen, sind praktisch unverändert geblieben. Sie sehen eine Vertretung Amerikas in der Reparationskommission vor und eine weitestgehende Teilnahme Amerikas an den Bestimmungen, die sich auf deutsche Schiffe, Farbstoffe und andere Materialien beziehen. Hauptächlich wegen dieser drei Abschnitte weist Hughes daraufhin, daß der Vertrag in dieser Form ratifiziert werden müsse, weil sie den Alliierten ein Pfandrecht auf alle deutschen Einnahmequellen sicherstellen und der Abschluß eines neuen Vertrages unmöglich wäre, da erst die Reparationskommission ihre Zustimmung erteilen müsse, die ja diese deutschen Pfänder in der Hand habe. Abschnitt 11 und 12 bleiben aufrechterhalten mit gewissen Änderungen, aus denen hervorgeht, daß Amerika sich allen europäischen Streitigkeiten fernhalten wolle. Abschnitt 13, der sich auf die Organisation der Arbeit bezieht, wird von Hughes gestrichen. Abschnitt 14 und 15 werden mit gewissen Änderungen hinsichtlich der Schweizer Grenze versehen. Vier der Abschnitte des Versailler Vertrages sind somit völlig gestrichen worden, und nur die sollen bestehen bleiben, von denen Staatssekretär Hughes annimmt, daß die Vereinigten Staaten daran ein berechtigtes Interesse haben. Jedenfalls will Hughes alles aus dem Vertrage ausmerzen, was Amerika irgendwie in europäische Angelegenheiten hineinziehen könnte.

Es bestätigt sich also, was von real denkenden Politikern immer betont worden ist, daß Nordamerika nur die Bestimmungen über den Völkerbundsvertrag und die ihm unangenehmen Bindungen seiner eigenen Politik und Wirtschaft aus dem Versailler Vertrag herausstreichen, aber alle Deutschland auferlegten Lasten und Entehrungen bestehen lassen will.

Der „B. A. M.“ bemerkt: Deutschland wird sich überlegen müssen, nicht nur ob es juristisch nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages dies mitmachen kann, sondern auch, ob es praktisch für unser Volk von Vorteil ist, einen solchen brutalen Gewalt- und Entehrungsfrieden mit Nordamerika zu schließen.

Die „Leipz. Neuest. Nachr.“ schreiben: Der Geist, der aus diesen Währungsplänen spricht, wird nun wohl auch dem letzten Deutschen zeigen, daß die Hoffnung auf Amerika ein Irrwahn ist. Nicht der Drang nach Gerechtigkeit ist hier am Werke, das Verbrechen von Versailles wenigstens in einigen Punkten zu mildern. Nicht die Gewissensschuld, die seit dem größten Verbrechen der Weltgeschichte durch die 14 Punkte Wilsons auf dem großen Volk jenseits des Ozeans lastet. Nichts! Nichts! Nur das selbstsüchtige Bestreben, sich den vollen Anteil an der Beute zu sichern, aber sich von allen Verpflichtungen zu befreien. Wir werden nach diesem amerikanischen

Frieden noch wehrloser dastehen, denn dann sind wir ganz der Willkür Frankreichs ausgeliefert.

Die Politik des Hasses.

In Aussicht stehender Protest Frankreichs gegen die Leipziger Urteile. — Verlängerung der Besetzung der Rhein- und Ruhrhäfen als Strafe.

Paris, 8. Juli. „Petit Parisien“ beschäftigt sich mit den Urteilen des Reichsgerichts in Leipzig und sagt, die französische Regierung werde zweifelsohne sofort bei ihren Alliierten und auch bei der deutschen Regierung gegen die Urteile protestieren und ein juristisches Verfahren aufhaken, das die englische Presse mit Recht als eine Strafe bezeichnet. Aber es gebe noch eine zweite Konsequenz, welche die Sanktionen betreffe. Man habe den guten Willen der Regierung Wirchs anerkannt, die ihre Verpflichtungen zu erfüllen gedenke, man habe auch erklärt, daß es recht und schicklich sei, die wirtschaftlichen Sanktionen, die die wirtschaftliche Tätigkeit Deutschlands erschweren, „in naher Zukunft“ aufzuheben, es gebe aber eine Sanktion, die der deutschen Tätigkeit keinen Schaden zufüge, (?) das sei die Besetzung der drei Häfen Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg. Nach dem, was sich in Leipzig abgespielt habe, werde es, da die Frage der Kriegsschuldigen noch immer ungeregelt bleibe, skamleria sein, den Zeitpunkt abzusehen, an dem die drei Rheinhäfen geräumt werden. Frankreich dürfe nicht darauf verzichten, wirtschaftlich mit Deutschland zusammenzuarbeiten, aber es dürfe auch auf keine einzige seiner Sicherheiten verzichten.

Objektivere Richter als die, welche die Leipziger Prozesse führen, dürfte es in der Welt nicht geben. Es war vorauszusetzen, daß trotzdem ihre Urteile nicht den Erwartungen entsprechen würden, welche der Haß der französischen Nachbarn an die Verhandlungen knüpfte. Nunmehr soll als „Strafe“ die Besetzung der deutschen Häfen aufrechterhalten werden, die nach der Annahme des Ultimatums längst hätten geräumt werden müssen. Man sieht von neuem daraus, nach welchen Gesichtspunkten die französische Politik geleitet wird, daß man hier nach dem Wort und sucht, die „Sanktionen“ aufrechterhalten zu können.

Eine Aufforderung zur Zerstörung der Villa Doorn.

Paris, 8. Juli. Der Freispruch des Generals Stenger findet hier weiter eine außerordentlich erregte Kommentierung, von der wohl die Äußerung des „Intransigent“ einen Begriff geben mag, da, wenn ein halbes Duzend französischer Flieger morgen die holländische Residenz Wilhelms II. mit einem Hagel von Bomben in die Luft sprengen würde, dies alle Völker der Entente als eine Tat ausgleichender Gerechtigkeit begrüßen würden. Man müsse nicht glauben, daß sich dafür niemand finde.

Eine französische Demonstration.

Leipzig, 8. Juli. (B. L. B.) Heute Nachmittag 3/4 Uhr verließ die französische Delegation den Sitzungssaal des Reichsgerichts. Sie wird noch heute Leipzig verlassen. Auch die französischen Zeugen im Prozeß Schad-Kruska werden in kürzester Frist abreisen. — Gegen 4 Uhr nachmittags teilte der Präsident Dr. Schmidt mit, daß sämtliche französische Zeugen, auch die noch nicht vernommenen, unter Führung der französischen Delegation das Gerichtsgebäude verlassen haben, so daß heute, da die deutschen Zeugen erst für morgen geladen sind, die Verhandlung nicht weitergeführt werden kann. Die Verhandlung wird morgen vormittag 9 Uhr fortgesetzt werden.

Nach einer Meldung der „Leipz. Neuest. Nachr.“ hat der französische Konsul die französischen Zeugen persönlich zum Verlassen des Saales aufgefordert. Es liegt demnach zweifellos Befehl aus Paris vor.

Der Reichskanzler in Breslau.

Breslau, 8. Juli. (B. L. B.) Beim heutigen Empfang silesischer Parteiführer und Pressevertreter durch den Reichskanzler, der in den Räumen des Oberpräsidiums stattfand, wurden die schwebenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen eingehend erörtert. Daneben nahm der Reichskanzler die Gelegenheit wahr, mit zahlreichen Abordnungen, insbesondere Vertretern der Flüchtlingsfür-